

Gegenspieler

Während einer hitzigen Bundestagsdebatte sprach Verteidigungsminister zu Guttenberg in der Woche vor Weihnachten einen politischen Gegner von der SPD direkt an. Es war nicht sein einstiger Kabinettskollege, der jetzige Fraktionsvorsitzende Steinmeier (obgleich der den CSU-Mann zuvor scharf angegriffen hatte), sondern Rainer Arnold, der Obmann der Sozialdemokraten im Verteidigungsausschuss: "Herr Arnold, dazu können Sie auch Stellung nehmen. Das ist nicht würdig. Es ist nahe am Klamauk." Arnold blieb als Folgeredner Guttenberg nichts schuldig, bezeichnete ihn als "Minister der Selbstverteidigung", der dem Amt nicht gewachsen sei. Er bezichtigte Guttenberg, wie der vorherige Verteidigungsminister Jung salamischeibenweise "Halbwahrheiten" zu verbreiten, und sagte ihm ein ähnliches Schicksal voraus. "Ein Minister musste deshalb schon zurücktreten. Der nächste Minister macht in dieser Kette eindeutig weiter." Kein Zweifel, da haben sich schon zu Beginn der Legislaturperiode zwei dauerhafte Gegenspieler gefunden.

Arnold wird die Opposition im Untersu-

chungsausschuss anführen, den der Verteidigungsausschuss bildete, um die Vorgänge und den Nachgang des Bombardements im Flussbett des Kundus vom 4. September zu erforschen. Er ist dort der Politiker mit der größten Erfahrung. Die übrigen Obleute sind - bis auf den der Linksfraktion - neu in dieser Funktion, die einen besonderen Zugang zu ansonsten geheimen Vorgängen erlaubt. Arnold, seit 1998 im Bundestag und seit 2002 verteidigungspolitischer Sprecher der SPD, ist ein versierter Taktiker, der weiß, wann und wie er seine Karten ausspielen kann. Dabei ist er durchaus Zug- und Druckkräften aus den eigenen Reihen ausgesetzt, was die Zukunft des Afghanistan-Einsatzes angeht. Auch in der SPD-Fraktion ist die Zahl der Abgeordneten, die damit möglichst nichts mehr zu tun haben wollen, gewachsen. Der Fraktionsvorsitzende Steinmeier hat dem Rechnung getragen, indem er sich auf eine Ablehnung praktisch festgelegt hat, sollte die Regierung im kommenden Jahr mehr Soldaten schicken wollen. Arnold war gegen eine solche vorzeitige Festlegung gewesen. Doch hat er sich offensichtlich nicht

durchsetzen können.

Wehrdienst hat der heutige Verteidigungspolitiker nicht geleistet. Dennoch hat sich die Wehrpflicht, wie er es heute sieht, "mehr als bewährt". Künftig soll sie aber nach seinen Vorstellungen zwar nicht förmlich abgeschafft werden, doch sollten möglichst nur Freiwillige zum Grundwehrdienst eingezogen werden - als einer neben anderen sozialen Diensten.

Der Schwabe, vor 59 Jahren in Stuttgart geboren, hatte Fernmeldemonteur gelernt, ehe er in den siebziger Jahren an den Pädagogischen Hochschulen Esslingen und Ludwigsburg studierte. Vor seinem Einzug in den Bundestag auf der baden-württembergischen Landesliste der SPD, der er seit 1972 angehört, war er im EDV-Bereich Abteilungsleiter bei der Volkshochschule Stuttgart. Außerdem machte er Musik - nebenberuflich, wie er im Lebenslauf hervorhebt. Ab und an greift Arnold heute noch zur Gitarre und klampft die alten Arbeiterlieder.

STEPHAN LÖWENSTEIN